

# OST UND WEST 25 JAHRE NACH DER WIEDERVEREINIGUNG

**ECKHARD JESSE** || Die deutsche Einheit, die vor 25 Jahren begann, ist eine Erfolgsgeschichte geworden. Das gilt für die politische, die wirtschaftliche und die mentale Seite. Es gibt nicht die geringste secessionistische Bestrebung, anders als in vielen Staaten Europas. Die Flüchtlingskrise, von der Deutschland heimgesucht ist, dürfte mit der Integration von Millionen Menschen aus anderen Kulturkreisen eine weitaus größere Herausforderung sein.

## **EINLEITUNG**

Dieser Beitrag gibt, 25 Jahre nach der deutschen Einheit, die sich so überraschend wie schnell vollzog, zunächst einen knappen Überblick über die Teilung des Landes.<sup>1</sup> War diese unvermeidlich? Musste sie so lange anhalten? Was unterminierte den Warschauer Pakt? Danach wird am Beispiel von Sachsen die seitherige Entwicklung beleuchtet. Ist Sachsen in vielerlei Hinsicht ein Vorreiter gewesen? Wie lässt sich die Dominanz der Sächsischen Union erklären? Schließlich geht es um die gegenwärtige Flüchtlingskrise, die eine größere Herausforderung für Deutschland sein dürfte als die „Bewältigung“ der deutschen Einheit. Wie ist das Verhalten der protestierenden Bürger zu beurteilen? Was muss der demokratische Verfassungsstaat tun, um die gravierenden Probleme in den Griff zu bekommen? Der Schlussteil zieht eine Bilanz zum letzten Vierteljahrhundert. Wo haben sich Angleichungen vollzogen, wo nicht? Das Fazit hebt anhand einiger Bilanzen und Reden zum 25-jährigen Jubiläum noch einmal den Erfolg der deutschen Einheit hervor.

## **DIE TEILUNG DEUTSCHLANDS: URSACHEN UND IHRE ÜBERWINDUNG**

Seit 1990 ist Deutschland vereint. Musste es überhaupt zur Teilung des Landes kommen? Die Historiker sind sich uneins, wobei eine Mehrheit davon überzeugt ist, sie sei wohl nicht

zu verhindern gewesen. Vor 70 Jahren, im Mai 1945, kapitulierte die Wehrmacht, nachdem das Dritte Reich, das den Zweiten Weltkrieg entfacht hatte und dessen Hinterlassenschaft verheerend war, durch ein Zweckbündnis der Westalliierten mit der Sowjetunion in einem Zweifrontenkrieg bezwungen wurde. Zunächst übertünchten dilatorische Formelkompromisse wie auf der Potsdamer Konferenz im Juli / August 1945 (Demokratisierung, Denazifizierung, Demilitarisierung, Dezentralisierung, Deindustrialisierung) die Gegensätze zwischen den Alliierten, doch bald brachen sie offen aus. Einerseits machtpolitisch bedingt, andererseits ideenpolitisch, ließen sie sich nicht dämpfen. Der Kalte Krieg führte im Herzen Europas zur Teilung Deutschlands.

Aus der SBZ entstand die DDR, aus der amerikanisch, der britisch und der französisch besetzten Zone die Bundesrepublik Deutschland. Die beiden deutschen Staaten sind damit Produkte des Kalten Krieges, allerdings mit einem fundamentalen Unterschied: Während es der DDR an demokratischer Legitimation gebrach (demokratische Wahlen gab es nicht; die Volkserhebung vom 17. Juni 1953 schlug der „große Bruder“ nieder), gedieh der Westen Deutschlands demokratisch, begleitet und unterstützt von den Westalliierten. Dieser Prozess verlief zwar nicht reibungslos, aber kontinuierlich. Die vielen Väter und die wenigen Mütter

des Grundgesetzes verstanden es als Provisorium. In den 1970er- und 1980er-Jahren sahen dagegen die meisten Menschen – im Osten wie im Westen – die Spaltung Deutschlands wohl für unabänderlich an.

Und musste die Teilung Deutschlands so lange anhalten? Es heißt, durch die Akzeptanz der berühmten Stalin-Note vom 10. März 1952 seitens des Westens wäre die Einheit Deutschlands erreichbar gewesen. In dieser Note hatte Stalin den Westmächten freie Wahlen und die deutsche Einheit angeboten – unter dem Vorzeichen einer Neutralisierung. Diese sahen die sowjetische Initiative als Störmanöver an, um die Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungsbündnis zu verhindern. Auch Bundeskanzler Konrad Adenauer betrachtete die Note als puren Trick, ebenso die SPD. Ein reger Notenaustausch verlief in der Folge im Sande. Später, als die Chance auf die deutsche Einheit weithin schwand, brach sich der Gedanke von der „verpassten Chance“ Bahn. Zudem, so eine verbreitete Lesart, wäre zumindest die Ernsthaftigkeit des Angebots auszuloten gewesen.

Allerdings: Wenn ein Rückzug der USA aus dem Herzen Europas gar nicht als wünschenswert erschien, konnte eine Prüfung unterbleiben. Nach Öffnung der Archive ist der Streit nicht verstummt, wobei die Position überwiegt, Stalin habe die Note als taktisches Mittel eingesetzt, um den Westmächten die Schuld an der Teilung in die Schuhe zu schieben.<sup>2</sup>

Wer die Teilung Deutschlands in gewisser Weise als zwangsläufig ansieht, muss wissen: Historische Determinismen gibt es nicht. Weil etwas so gekommen ist, wie es gekommen ist, musste es nicht so kommen. Politik und Geschichte gehen verschlungene Wege. 15 Jahre vor der Wiedervereinigung, am 1. August 1975, 30 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, unterzeichneten nach längeren Verhandlungen 35 Staaten die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Dieses Dokument von Helsinki umfasste drei Körbe: In dem ersten geht es um die Anerkennung der Grenzen und die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, in dem zweiten um die Zusammenarbeit der Staaten in der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Technik und der

Umwelt, in dem dritten um humanitäre Fragen (menschliche Kontakte, Informationsfreiheit, Kooperation im Bereich der Kultur und der Bildung). Kritiker sahen das Dokument von Helsinki als Festschreibung der Grenzen in Europa an und damit des Status quo. Doch es kam anders:

So beriefen sich Menschenrechtsgruppen in den Ostblockstaaten auf Korb 3 – sie brachten die politischen Eliten in ihren Ländern bald in massive Schwierigkeiten. DDR-Bürger stellten Ausreiseanträge und vergaßen nicht, die von ihrer Staatsführung unterschriebene Schlussakte zu erwähnen. Was zunächst als Signal der Schwäche des Westens erschien, entpuppte sich als eine des Ostens. Wer hätte das gedacht?

Ein anderes Beispiel: Egon Bahr, 93-jährig im August 2015 verstorben, hat 1963 in seiner berühmten Tutzingener Rede für „Wandel durch Annäherung“ plädiert, die „Politik der Stärke“ kritisiert und als „rechte Hand“ Willy Brandts deutschlandpolitische Entspannung forciert. Vielleicht wollte er menschliche Erleichterungen in der DDR um den Preis ihrer Stabilität. Und vielleicht hat diese Politik die SED-Diktatur gerade dadurch destabilisiert. Intentionen und Wirkungen müssen sich nicht decken. Die Väter der deutschen Einheit sind zahlreich. Zu den wichtigsten zählen: Konrad Adenauer, Willy Brandt, Helmut Schmidt, Helmut Kohl, George Bush, Michail Gorbatschow. Viele Fäden liefen zusammen. Ohne die Menschen in der DDR, die eine Diktatur stürzten und den schnellen Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland anstrebten, wäre sie jedoch nicht möglich gewesen.

### **DAS BEISPIEL SACHSEN: FRIEDLICHE REVOLUTION, DEUTSCHE EINHEIT, WAHLEN**

Im dichtbesiedelten und von starker Umweltverschmutzung betroffenen Sachsen war die Zahl der Ausreisewilligen besonders groß. Nirgendwo in der DDR fiel die Unzufriedenheit so dramatisch und so anhaltend aus. Sachsen avancierte zum Kernland der friedlichen Revolution, die hiesigen Bürger drängten ebenso schnell auf eine deutsche Einheit.<sup>3</sup> Am 7. Oktober 1989, dem „Tag der Republik“, gingen über 10.000 Personen im vogtländischen Plauen protestierend auf die Straße, am 8. Oktober kam es in Dresden nach großen Tumulten dank des Ka-

plans Frank Richter zur Bildung der „Gruppe der 20“. Zum ersten Mal ließ die Obrigkeit einen „Dialog“ mit den aufbegehrenden Bürgern zu. Und am 9. Oktober demonstrierten in Leipzig 70.000 auf den Straßen. Viele sprechen von einem „Tag der Entscheidung“. Nach dem 9. Oktober war die DDR nicht mehr die alte DDR.

Die Demonstrationen für Freiheit zogen bald Demonstrationen für Einheit nach sich. Die Rede Helmut Kohls vor der Ruine der Frauenkirche am 19. Dezember 1989, nicht aufwiegend, aber Hoffnung gebend, ein Meisterstück, hallt heute noch nach. Rufe nach einem sächsischen Freistaat auf den Kundgebungen ergänzten das Bild in der Öffentlichkeit. Die neuen Kräfte versuchten die alten zurückzudrängen. Den Vorsitz im „Koordinierungsausschuss zur Bildung des Landes Sachsen“, ins Leben gerufen im Mai 1990, übernahm Arnold Vaatz, ein hochengagierter junger Mann aus den Reihen der oppositionellen Kräfte, der, soeben in die CDU eingetreten, noch im März 1990 bei der Kandidatur gegen Klaus Reichenbach um den Vorsitz der sächsischen CDU klar unterlegen war. Ende Juni 1990 entstand unter Erich Iltgen das „Sächsische Forum“, das die Öffentlichkeit über die Föderalisierung informierte.

Sachsen, stark durch die „neuen Kräfte“ vorangetrieben (ein Alleinstellungsmerkmal im Osten), wurde vor 25 Jahren, am 3. Oktober 1990, auf der Meißener Albrechtsburg in einem Festakt aus der Taufe gehoben, nachdem das Ländereinführungsgesetz vom 22. Juli 1990 dafür die Voraussetzungen geschaffen hatte. Sächsisches Landesbewusstsein war nie verschwunden. Auf der konstituierenden Sitzung des Landtages erhielt das Land (wie Thüringen) in Anlehnung an Bayern die gewünschte Bezeichnung „Freistaat“.

Vorher, bei den ersten und zugleich letzten demokratischen Volkskammerwahlen am 18. März 1990, siegte, für viele überraschend (selbst für die Meinungsforscher), die Allianz für Deutschland, zu der sich die gewendete CDU, der Demokratische Aufbruch (DA), hervorgegangen aus systemkritischen Kräften, sowie die mit der CSU sympathisierende Deutsche Soziale Union (DSU) zusammengeschlossen hatten. Sie erreichte in Sachsen 57,7 Prozent, wobei den Löwenanteil mit 43,6 Prozent die CDU erhielt

(DSU: 13,2 Prozent; DA: 0,9 Prozent). Das Ergebnis in Sachsen fiel für die Allianz für Deutschland damit überproportional gut aus. In der Folge trat die CDU gesondert an und heimste einen Wahltriumph nach dem anderen ein: bei den Kommunalwahlen am 6. Mai, bei den Landtagswahlen am 14. Oktober und bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember.

Sachsen ist ein konservatives Land, im Gegensatz zum „roten“ Brandenburg. Seit 25 Jahren nimmt die Sächsische Union bei allen sieben Bundestags-, fünf Europa-, sechs Landtags- und sämtlichen Kommunalwahlen den ersten Platz ein. 1994 und 1999 erreichte die Partei nicht zuletzt dank des „Landesvaters“ Kurt Biedenkopf mit 58,1 und 56,9 Prozent einen Stimmenanteil, den sie in der alten Bundesrepublik bei keiner Landtagswahl vorher oder nachher jemals erzielt hatte.<sup>4</sup> Allerdings stellt sie weder in Chemnitz noch in Dresden noch in Leipzig (mehr) den Oberbürgermeister. Der hiesigen CDU ist es bestens gelungen, ihre „Sachsnähe“ zu kommunizieren.<sup>5</sup> Bei allen Wahlkämpfen rückt die CDU Sachsen in den Vordergrund. So schneidet sie, nicht überraschend, bei Landtagswahlen stets besser ab als bei Bundestagswahlen.

Jedoch: Bei der letzten Landtagswahl blieb sie mit 39,4 Prozent das erste Mal unter der Marke von 40 Prozent, sie lag damit aber, wie bei allen Wahlen zuvor, klar über dem addierten Anteil der Parteien Die Linke und die SPD. Die linke Konkurrenz erreichte zusammen niemals mehr als ein Drittel der Stimmen, wobei die SPD allerdings dank einer für sie guten Konstellation in Sachsen zweimal als Juniorpartner in die Regierung gelangt war (2004-2009 und seit 2014). Was nicht für sächsische Bodenhaftung spricht und eine verheerende öffentliche Wirkung auslöste: 2004 (9,2 Prozent) und 2009 (5,6 Prozent) zog die rechtsextremistische NPD in den Landtag ein – 2014 blieb ihr das mit 4,9 Prozent versagt.

#### **DAS BEISPIEL SACHSEN: PEGIDA, EINHEIMISCHE UND FLÜCHTLINGE**

Sachsen, das wirtschaftlich wohl blühendste von allen neuen Bundesländern, findet in den Medien zurzeit wahrlich kein gutes Echo. Zwei eng zusammenhängende Vorgänge sind dafür

verantwortlich: zum einen die Pegida-Proteste, zum anderen Unruhen um die Aufnahme von Flüchtlingen. Dabei ist manche gesinnungsethische Kritik an Kritikern kritikwürdig: hoffärtig und wohlfeil.

Die im Herbst 2014 begonnenen Proteste der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida), so der vollmundige Ausdruck, überraschten alle: die Medien, die Wissenschaft und die Politik. Die Zahl der Teilnehmer bei den Dresdner Demonstrationen nahm zunächst von Woche zu Woche zu, bis auf 25.000 zu Anfang des Jahres 2015. Der Protest zielte gegen die als abgehoben empfundene politische Klasse und griff vorübergehend auf andere Städte über, mehr im Osten Deutschlands als im Westen. Wie erste Untersuchungen zu den Teilnehmern zeigten, waren Männer im mittleren Alter aus der Mittelschicht überrepräsentiert. Angetan von Sachsens Natur und Kultur, von der eigenen Mentalität und dem Zusammengehörigkeitsgefühl, zeigten die Demonstrationen große Skepsis gegenüber Immigration.<sup>6</sup> Durch primitiv-pauschale Parolen („Lügenpresse“) schwächten sie ihre Anliegen. Der Dresdener Politikwissenschaftler Werner Patzelt, der in zahlreichen Beiträgen die Motive der Demonstranten verständlich zu machen suchte,<sup>7</sup> geriet dadurch als Sympathisant der Bewegung in Verdacht. Diese Kultur des Argwohns ist schlimm. Ähnlich erging es Frank Richter, dem Direktor der hiesigen Landeszentrale für politische Bildung.

Hatte dieser zwischen 2011 und 2013 die schwierige Funktion eines Moderators der von der Dresdener Oberbürgermeisterin Helga Orosz ins Leben gerufenen „AG 13. Februar“ wahrgenommen und Kritik wegen seiner Versuche eingesteckt, die radikale linke Szene zu integrieren, trat er in Zusammenhang mit dem Aufkommen von Pegida abermals vermittelnd in Erscheinung, so bei verschiedenen Talkrunden im Fernsehen. Heftige Kritik musste Richter hinnehmen, als er der Pegida-Organisation im Januar 2015 auf deren Bitte hin die Räumlichkeiten der Landeszentrale für politische Bildung für eine Pressekonferenz zur Verfügung stellte. Der Direktor bekräftigte sein Votum, zumal keine nicht-staatliche Institution für eine solche Pressekonferenz bereit stand. Unter seiner Ägide

gab es zahlreiche Dialogforen zwischen Anhängern und Gegnern von Pegida. Deswegen kam mitunter der Vorwurf eines Pegida-„Verstehers“ auf. Wer eine Position zu verstehen sucht, unterstützt diese deswegen aber noch nicht. Das Ziel der auf Gewaltfreiheit basierenden Aktivitäten war es stets, zwischen streitenden Kräften zu vermitteln. Hier gibt es Parallelen zwischen Richters Engagement in der Diktatur und in der Demokratie. Sein Platz „zwischen den Stühlen“ ist selbst für eine moralische Autorität keineswegs bequem. Aber nur so ist ein Brückenschlag möglich.

War die Politik zu Anfang des Jahres 2015 von allenfalls 300.000 Asylbewerbern ausgegangen, später von 450.000, so korrigierte Innenminister Thomas de Maizière im August 2014 die Zahl deutlich nach oben: Auf bis zu 800.000. Mittlerweile gehen wohl alle politisch Verantwortlichen von mehr als einer Million Flüchtlingen aus, auch wenn dies selten laut ausgesprochen wird. Das ist die mit weitem Abstand größte Zahl an Asylsuchenden in einem Jahr. Exakte Angaben dürften ohnehin schwer möglich sein. Dieser Befund kann nicht ohne Folgen für die Aufnahmebereitschaft und -fähigkeit der Einheimischen bleiben. Auf Sachsen entfallen 2015 etwa 50.000 „Neuankömmlinge“. Wer das Thema instrumentalisiert (wie nationalistische Kräfte auf der einen Seite und Anti-deutsche auf der anderen), leistet dem Recht des Stärkeren Vorschub, nicht der Stärke des Rechts. Es verbietet sich, den Schwarzen Peter hin- und herzuschieben: von den Politikern zu den Medien, von den Medien zu den Einheimischen, von den Einheimischen zu den Flüchtlingen, von den Flüchtlingen zu den Helfern, von den Helfern zu den Politikern.

Oft schießt die Kritik an „den Sachsen“ und an der politischen Kultur im Freistaat weit übers Ziel hinaus.<sup>8</sup> So plädiert der „Zeit“-Journalist Stefan Schirmer angesichts von „Hass, Extremismus und Abschattung“ in Sachsen „im Ernst“ für einen „Säxit“<sup>9</sup>, aber ernst gemeint ist der zynische Vorschlag glücklicherweise nicht. Auch der Buchautor Michael Kraske attackiert in der Online-Ausgabe der angesehenen Zeitschrift Cicero die sächsischen Verhältnisse schrill.<sup>10</sup> Die „unerträglichen Zustände“ in der Dresdener Zeltstadt stellten einen „Kulturbruch“ dar:

„einen beschämenden Verstoß gegen die zivilisatorischen Werte einer reichen Demokratie und die Missachtung unseres Grundgesetzes“. Das Zeltlager sei „eine Zäsur der Schande“. Mehr oder weniger rhetorische Fragen folgen. „Warum werden Menschen in Zelten zusammengepfercht, wenn in Dresden Tausende Wohnungen leer stehen? Warum werden freiwillige Helfer zum Schweigen verbannt?“ Der Autor geißelt den „trotzigen Sonderweg“ Sachsens. „Der Stolz auf die sächsische Heimat und das Ideal einer homogenen Bevölkerung bilden den ideologischen Nährboden, auf dem aggressiver Hass auf alles, was fremd erscheint, gedeiht. Nein, es ist kein Zufall, dass Freital in Sachsen liegt. Wo eine rassistische, fremdenfeindliche Menschenmenge über Wochen die dortige Asylunterkunft belagert hat. [...] Die Überhöhung des Eigenen und die Ablehnung des Fremden werden in Sachsen kultiviert wie sonst nur in Bayern. Sächsische Gemütlichkeit fühlt sich für Zugezogene bisweilen sehr ungemütlich an. Wie überall im Osten gibt es auch in Sachsen eine konsensfähige, in etlichen Studien belegte Fremdenfeindlichkeit. Wer das kritisiert, gilt schnell als Nestbeschmutzer oder Linksextremist.“ Kultiviert der Autor damit nicht einen Ost-West-Gegensatz, der so gar nicht besteht – und Resentiments gegen „den Osten“? Wiewohl hier Fremdenfeindlichkeit weiter verbreitet ist, sei es sozialisationsbedingt (hervorgerufen durch die Enge der DDR), sei es situationsbedingt (hervorgerufen durch geringeren Wohlstand), so gibt es „im Osten“ keine „konsensfähige Fremdenfeindlichkeit“.

Deutschland ist mittlerweile eine Art „Flüchtlingsrepublik“ – sie tut mit ihren offiziellen Stellen und den ehrenamtlichen Helfern viel. Gemeinsam mit Schweden trägt Deutschland die Hauptlast. Dieses Thema spaltet die Bevölkerung, und es muss genügend Leute geben, die für die jeweils andere Seite Verständnis aufbringen. Das Schüren von Feindbildern jeder Art verbietet sich: gegen „die Flüchtlinge“, gegen „die Einheimischen“, gegen „die Sachsen“, gegen „die Politiker“, gegen „die Medien“. Verallgemeinerungen sind ohnehin unangebracht. Bessergestellte wissen oft nichts von den existenziellen Problemen des „kleinen Mannes“. Politiker müssen überzeugen, Führungsbereit-

schaft an den Tag legen und dürfen nicht bloß in dem Milieu verkehren, in dem sie sich auf der „sicheren Seite“ wähnen. So funktioniert Demokratie nicht.

Wem eine Chance auf Asylanerkennung verwehrt ist, hat in den (zu wenigen) Erstaufnahmeeinrichtungen zu verbleiben. Schnelle Entscheidungen sind im Interesse aller geboten, ebenso bessere Kooperationen zwischen Bund, Ländern und Kommunen, die vor Ort anderswo gefasste Beschlüsse ausbaden. Wer nicht die Aufnahmekriterien erfüllt, muss das Land unverzüglich verlassen. So ist Akzeptanz bei weiten Teilen der Bevölkerung erreichbar, und so ist den oft traumatisierten Flüchtlingen, geflohen vor Krieg und politischer Verfolgung, angemessen zu helfen. Damit Anreize zum Aufenthalt in Deutschland abnehmen, sollten Sachleistungen Geldleistungen teilweise ablösen, ohne dass das menschenwürdige Existenzminimum unterschritten wird. Eine geregelte Zuwanderung ist weitaus besser als eine unregelte. Vieles liegt im Argen: Immerhin hat die Große Koalition im Oktober 2015 ein „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz“ verabschiedet, das u. a. schnellere Abschiebungen vorsieht (auch ohne Nennung des Termins), bessere Integration der in Deutschland bleibenden Flüchtlinge (u. a. Beschäftigung als Leiharbeiter nach drei Monaten) und eine Erweiterung der Zahl der sicheren Herkunftsländer (um Albanien, Kosovo und Montenegro).

Die Zahl der Flüchtlinge muss begrenzt werden. Es hat lange gedauert, bis sich die Regierungsparteien Anfang November 2015 zu einem Maßnahmenpaket entschlossen, zu einem Kompromiss (nicht „Transitzone“ wie von der Union gewünscht, nicht „Einreisezentrum“, wie von der SPD gewünscht): Spezielle Aufnahmeeinrichtungen – drei bis fünf – werden für Personen ohne Bleibeperspektive geschaffen. Nach dem beschleunigten Asylverfahren erfolgt die Abschiebung rechtskräftig Abgelehnter direkt aus der Aufnahmeeinrichtung. Für diese Flüchtlinge besteht eine Residenzpflicht. Wer dagegen verstößt, erhält keine Sozialleistung. Sind diese Maßnahmen ausreichend?

Wenn manche Sachsen sagen, sie wollten nicht die Verhältnisse Westdeutschlands, so klingt das einerseits merkwürdig, im Sinne von

seltsam (vor 1990 strebten sie als Erste solche Verhältnisse an), andererseits aber *merk-würdig*, im Sinne von bemerkenswert, weil es in der Tat Missstände zumal in den alten Bundesländern gibt. Wir haben ein krasses Vollzugsdefizit. Wer nicht asylberechtigt ist, hat hier kein Bleiberecht. Aus der Theorie muss Praxis werden. Ansonsten sinkt die Bereitschaft, sich derer anzunehmen, die aus Kriegsgebieten kommen und / oder politische Verfolgung erfahren haben. Die Bilder der vielen Flüchtlinge bewegen die Bevölkerung, nicht nur im Osten, sondern auch im Westen. Die Aufnahme von Flüchtlingen ist kein „Elitenprojekt“ wie das vereinigte Europa, das bei diesem Problem leider nicht zusammenhält. Schleusern ist so nicht das Handwerk zu legen. Solidarität, heißt es, sei keine Einbahnstraße. Wie wahr!

Dass bei dieser Thematik, die – wie erwähnt – offenkundig eine größere Herausforderung darstellt als die Integration von Ost und West, Konflikte zutage treten und heftiger Streit ausbricht (zwischen den Ländern und den Kommunen, zwischen der Regierung und der Opposition, zwischen den Regierungsparteien, ja selbst zwischen Politikern der CDU und der CSU), liegt auf der Hand und ist von einer demokratischen Streitkultur verkräftbar. Allerdings: Extremistische Exzesse sind nicht hinnehmbar. Nichts, rein gar nichts rechtfertigt Brandreden. Böse Worte provozieren schlimme Taten. Und die hat es in Sachsen gegeben (hier Freital, da Heidenau). Freilich ist die Öffentlichkeit auf Gewalttaten von rechtsextremer Seite fixiert. Von wem aber geht Gewalt – zum Beispiel gegen Polizisten – bei Demonstrationen aus? In den Debatten sind jedoch linksextremistische Ausschreitungen „weniger präsent, weniger empörungsg geeignet“.<sup>11</sup>

### **DEUTSCHE EINHEIT: EINE ERFOLGSGESCHICHTE**

Lösen wir uns von Sachsen: Ist die deutsche Einheit eine Erfolgsgeschichte? Diese Frage bewegte lange die Gemüter. Haben wir in den neuen Ländern „blühende Landschaften“, wie einst von Helmut Kohl prophezeit? Sind die Deutschen zwar staatsrechtlich vereinigt, aber gesellschaftspolitisch geteilt? Was ist in den letzten 25 Jahren anders geworden, im Osten,

im Westen? Worauf geht der Wandel hier wie da zurück?

Im Herbst 1989 brach die SED-Diktatur durch das indirekte Zusammenspiel von Flucht- und Demonstrationenbewegung wie ein Kartenhaus zusammen.<sup>12</sup> Der „große Bruder“, das „Vaterland aller Vaterländer“, war unter Michail Gorbatschow im Gegensatz zu früher keineswegs mehr zur militärischen Intervention bereit. Nach dem Fall der Mauer hieß es auf den Straßen bald nicht mehr „Wir sind das Volk“, sondern wir sind ein Volk“ – die Freiheitsrevolution ging binnen kurzem in eine Einheitsrevolution über.<sup>13</sup> Am 3. Oktober 1990, kein Jahr nach dem von den Granden gefeierten 40. Jahrestag des „Arbeiter- und Bauernstaates“, gab es die DDR nicht mehr.

Die SED-Diktatur war nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich am Ende. Der marode Zustand wirkte nach. Deutlich mehr Ostdeutsche sind in den Westen gegangen als umgekehrt. Heute wohnen auf dem Gebiet der DDR zwei Millionen Menschen weniger als vor 25 Jahren. Mittlerweile ist der Abwanderungsprozess fast gestoppt, wobei die Überalterung dem Osten zu schaffen macht. Es war eine beträchtliche, nicht immer hinreichend gewürdigte Lebensleistung Ostdeutscher, sich in den neuen Verhältnissen zurechtzufinden. Zwar ist die Arbeitslosigkeit im Oktober 2015 (gesamt: 6,0 Prozent) in den neuen Bundesländern mit 8,6 Prozent weiterhin deutlich höher als in den alten (5,5 Prozent), aber sie ist damit gegenüber der Zeit vor einem Jahrzehnt mehr als halbiert worden (gesamt: 13,0 Prozent; Ost: 20,6 Prozent; West: 11,0 Prozent). In Bayern fällt sie mit 3,3 Prozent am niedrigsten aus, in Bremen mit 10,7 Prozent am höchsten.<sup>14</sup> Die Arbeitsproduktivität in den neuen Ländern hat sich verdoppelt, liegt allerdings erst bei zwei Dritteln der des Westens. Besser sieht es bei den Einkommen aus, die sich bis auf eine Differenz von etwa 10 Prozent angeglichen haben. Hingegen sind die Ostdeutschen mit Blick auf Erbschaften klar im Hintertreffen. Doch lähmt Selbstzufriedenheit.

Es ist an der Zeit, den im Westen wie im Osten entrichteten Solidaritätsbeitrag nach dem Auslaufen der „Ostförderung“ 2019 zu streichen, mindestens stark zu reduzieren. Die Infra-

struktur hat sich in den neuen Bundesländern massiv verbessert. Wer auf den meist dreispurigen Autobahnen fährt, weiß dies. Um auf Walter Ulbricht anzuspieren. Der Westen wurde nicht eingeholt, aber im Osten kann man schon eher überholen.

Mit der besseren Lebensqualität in den neuen Ländern hängt die gestiegene Lebenserwartung zusammen. So erhöhte sie sich im Osten bei den Männern in den letzten 20 Jahren um durchschnittlich 6,1 Jahre (West: 4,6 Jahre), bei den Frauen um 4,4 Jahre (West: 2,9 Jahre). Die Lebenserwartung in den neuen Bundesländern ist mittlerweile fast so hoch wie in den alten. Hingegen starben die Menschen in der DDR im Schnitt knapp drei Jahre früher als im Westen. Was wenig bekannt ist: War die Selbstmordrate in der DDR fast doppelt so hoch wie in der Bundesrepublik, besteht mittlerweile kaum mehr ein Unterschied.

Die Zahl der „Ossi“- und „Wessi“-Witze hat längst nachgelassen, das böse Wort von „Dunkeldeutschland“ gehört im Westen – hoffentlich – der Vergangenheit an (leider hat unser Bundespräsident den ressentimentgeladenen Begriff im Zusammenhang mit Ausschreitungen auf Asylbewerberheime gebraucht, wiewohl nicht spezifisch auf den Osten gemünzt), im Osten – hoffentlich – das Klischee vom „arroganten Wessi“. Im hiesigen Staat gibt es, anders als etwa in Belgien, Großbritannien oder Spanien, keinerlei secessionistische Anflüge. Selbst der schärfste Kritiker der deutschen Einheit strebt keine Abspaltung des Ostens vom Westen an oder des Westens vom Osten. Selten erwähnt jemand – positiv oder negativ – den folgenden Sachverhalt: Das oberste und das mächtigste Staatsamt bekleiden mit Joachim Gauck und Angela Merkel Politiker aus den neuen Ländern. Es fällt kaum auf, ruft keine Emotionen pro oder kontra hervor. Dies ist ebenso ein schönes Zeichen der Normalität wie die Zunahme des Patriotismus in Deutschland, nicht zuletzt dank der Einheit. Das weniger verkrampfte Verhältnis zu nationalen Symbolen ist deren Folge.

Ob die Entscheidung für den 3. Oktober als Nationalfeiertag richtig war oder nicht (für mich: falsch, weil so die öffentliche Erinnerung an den 17. Juni 1953 verblasst, als Ostdeutsche

gegen die SED-Diktatur auf die Straße gegangen sind): Jede Änderung trüge jetzt zur Delegitimation des Staatswesens bei. Die Entscheidung für Berlin als Hauptstadt und Sitz der Regierung wie des Parlaments war richtig: Mit dem beschaulichen Bonn hätte sich Deutschland kleiner gemacht, als es ist.

Gewiss, die Menschen in den neuen Bundesländern schätzen Gleichheit höher ein als die im Westen (Bundespräsident Gauck hält dagegen), wobei im Westen die Zahl der „Freiheitsfreunde“ zurückgegangen ist. Noch in einem anderen wesentlichen Punkt gibt es Differenzen. Die ostdeutsche „Konsenskultur“ färbt auf den Westen ab, der sich bequem im Besitzstandsdenken eingerichtet hat. Häufig ist von „alternativen“ Entscheidungen die Rede, weniger von einer offenen Streitkultur, die die Gesellschaft voranbringt. Wer mit mutigen Anstößen aufwartet, gilt zuweilen als anstoßerregend. Wir brauchen mehr Konkurrenz, um Stillstand zu vermeiden.

Der beträchtliche Wandel auf den unterschiedlichsten Feldern in den letzten 25 Jahren geht bloß zum Teil auf die deutsche Einheit zurück, wesentlich auf die Globalisierung mit der digitalen Revolution. Die Bundesrepublik Deutschland ist keine „Berliner Republik“ geworden, blieb die verfassungspolitische und wirtschaftliche Struktur doch erhalten. Der Wandel zumal in der Außenpolitik ist allerdings mit Händen zu greifen. Zwar besteht die Westbindung nach wie vor, aber Deutschland trägt mehr – akzeptierte – Verantwortung, selbst militärische. Die Zeit der „Scheckbuchdiplomatie“ ist vorbei.

Der politische Extremismus von rechts und links ist durch die Wiedervereinigung stärker geworden, nicht das gestiegene Ausmaß des Islamismus. Wohl niemand hätte der aus der SED hervorgegangenen PDS 1990 eine verheißungsvolle Zukunft prophezeit. Heute ist sie in Thüringen der Seniorpartner und in Brandenburg der Juniorpartner innerhalb der Regierung. Für den Verlust des antiextremistischen Konsensus ist nicht in erster Linie „der“ Osten verantwortlich. „Die“ 68er, die einerseits die Gesellschaft gewandelt haben und die andererseits die Gesellschaft gewandelt hat, nehmen in Medien eine tonangebende Rolle ein. Sie wollen

von Äquidistanz gegenüber rechts- und links außen wenig wissen. Im Osten stößt ihr Hedonismus weniger auf Gegenliebe.

Der Wandel beim Parteiensystem und beim Wahlverhalten ist zum Teil eine Reaktion auf die deutsche Einheit. Bei den Bundestagswahlen 2002, 2005 und 2013 hätte es eine schwarzgelbe Mehrheit im Westen gegeben, dasselbe Votum vorausgesetzt. Ost ist allerdings nicht gleich Ost. Brandenburg stellt im Gegensatz zu Sachsen ein „rotes“ Bundesland dar. Hier pendelt der Stimmenanteil für die CDU bei Landtagswahlen um die 20 Prozent. Wenn die SPD seit 1990 knapp 500.000 Mitglieder verloren hat (und die CDU im gleichen Zeitraum über 300.000), so ist der Osten damit kein Vorreiter für den Westen. Zwar fällt die Rekrutierungsfähigkeit der Parteien im Osten um über die Hälfte niedriger aus als im Westen, aber die schrumpfende Zahl der „Parteibürger“ – eine Reaktion auf gesamtgesellschaftliche Prozesse – steht in keinem Zusammenhang mit der deutschen Einheit. In Sachsen hatte die CDU Ende des Jahres 2014 noch 11.892 Mitglieder, die Partei Die Linke 9.205, die SPD 4.416, die FDP 2.112, Bündnis 90 / Grüne 1.374.<sup>15</sup> Die Verankerung der Parteien ist damit schwach entfaltet, ebenso die „Zivilgesellschaft“.

„Das“ Ausland, das vielfach bewundernd nach Deutschland blickt, kann nicht recht den hiesigen Missmut begreifen, der dann und wann auflebt. Betont wird bei uns weniger das Erreichte als das noch Nicht-Erreichte. Und: Wir denken nach wie vor in Ost-West-Kategorien. Die politische Kultur Deutschlands ist längst nicht mehr in den Osten und in den Westen geschieden. Wie subnationale Analysen zeigen, verlaufen regionale Unterschiede nicht nach Ost und West<sup>16</sup>, so aber das Klischee. Die Vereinigung zweier völlig unterschiedlicher Gesellschaftssysteme von heute auf morgen war ein präzedenzloser Vorgang. Vor diesem Hintergrund muss das Urteil ungeachtet einiger Defizite im politischen, gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Bereich lauten: Die Geschichte der Einheit ist eine deutsche Erfolgsgeschichte!

## FAZIT

So positiv fiel auch die Bilanz anlässlich des Jahrestages der deutschen Einheit am 3. Oktober aus. Der „Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2015“, den Iris Glicke, Ostbeauftragte der Bundesregierung und Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, im September 2015 vorgestellt hat, erwähnt die großen Fortschritte bei der Angleichung der Lebensverhältnisse. Dies ist auch notwendig, da im Jahr 2019 der Solidarpakt ausläuft. Ost wird nicht gegen West und West nicht gegen Ost ausgespielt. „Die Herstellung der Einheit war ein großes Gemeinschaftswerk der Deutschen in Ost und West. Sie setzte nicht zuletzt die Bereitschaft zu tiefgreifenden Veränderungen mit hohen Anpassungslasten im Osten wie auch eine umfassende Begleitung und Unterstützung der Veränderungen aus dem Westen heraus.“<sup>17</sup> Im Bundestag wurde dieser Bericht zum Stand der deutschen Einheit wie üblich erörtert.<sup>18</sup>

Beim Festakt zum „Tag der Deutschen Einheit“, der diesmal in Frankfurt stattfand, jeweils im Landes des amtierenden Bundesratspräsidenten, zog Bundespräsident Joachim Gauck zwar ebenso eine positive Bilanz („Deutschland hat in Freiheit zur Einheit gefunden – politisch, gesellschaftlich, langsamer auch wirtschaftlich und mit verständlicher Verzögerung auch mental“<sup>19</sup>), aber er ließ sich nicht den Verweis auf die aktuelle Flüchtlingskrise nehmen: „Wie 1990 erwartet uns alle eine Herausforderung, die Generationen beschäftigen wird. Doch anders als damals soll nun zusammenwachsen, was bisher nicht zusammengehörte.“<sup>20</sup> Er schlug damit eine Brücke von 1989 zu 2015.

Richard Schröder, der Fraktionsvorsitzende der SPD in der ersten und letzten demokratisch gewählten Volkskammer und in den 1990er-Jahren parteiübergreifend auch für das Amt des Bundespräsidenten im Gespräch, ein unabhängiger Kopf, setzt sich in einem großen Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ mit zwei Standardfragen kritisch auseinander. Erstens: Wann ist die deutsche Einheit vollendet? Für ihn ist der Begriff „vollendet“ wenig sinnvoll, weil er Einheitlichkeit unterstellt. „Wenn überhaupt, kann man von einer vollendeten

Freundschaft oder Ehe doch nur sprechen, wenn sie in ungetrübter Zuneigung – verstorben sind.“<sup>21</sup> Zweitens: Was ist falsch gelaufen? „Normalerweise fragen wir so im Angesicht eines Desasters, wenn etwa Häuslebauer sich mit schweren Baumängeln konfrontiert sehen.“<sup>22</sup> Schröder hält die deutsche Einheit für geglückt und wundert sich daher über die Frage: zu Recht. Der Publizist mit Urteilskraft wendet sich gegen verbreitete Positionen, denen aber kaum Plausibilität zukommt.

Wir erwähnen zu wenig, dass so Vieles gelungen ist, und sprechen zu viel davon, dass so Weniges misslungen ist. Das gilt zumal für den Prozess der deutschen Einheit! Die Integration der neuen Länder in die Bundesrepublik Deutschland löste keine größeren Konflikte aus. Charakteristisch für die Feierlichkeiten zum Jahrestag der deutschen Einheit war 2015 die partielle Überlagerung durch die Flüchtlingsthematik. Dieses Thema ist weitaus konfliktgeladener.

---

#### || PROF. DR. ECKHARD JESSE

Prof. em. für Politische Systeme und Politische Institutionen an der Technischen Universität Chemnitz

---

#### ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Der Text ist eine teils gekürzte, teils aktualisierte Fassung des folgenden Beitrages: 25 Jahre Deutsche Einheit. Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft, in: MUT 10/2015, S. 63-83.
- <sup>2</sup> Vgl. zuletzt Wettig, Gerhard: Die Stalin-Note. Historische Kontroverse im Spiegel der Quellen, Berlin 2015.
- <sup>3</sup> Vgl. Richter, Michael: Die Friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90, 2 Bde., Göttingen 2009; Ders.: Die Bildung des Freistaates Sachsen. Friedliche Revolution, Föderalisierung, deutsche Einheit 1989/90, Göttingen 2004.
- <sup>4</sup> In Bayern erhielt die CSU bei einigen Landtagswahlen noch bessere Ergebnisse: 1946 mit 58,3 Prozent; 1974: 62,1 Prozent; 1978: 59,1 Prozent; 1982: 58,3 Prozent; 2003: 60,7 Prozent.
- <sup>5</sup> Vgl. Brümmer, Ulrich: Parteiensystem und Wahlen in Sachsen. Kontinuität und Wandel von 1990-2005 unter besonderer Berücksichtigung der Landtagswahlen, Wiesbaden 2006; Schubert, Thomas: Wahlkampf in Sachsen. Eine qualitative Längsschnittanalyse der Landtagswahlkämpfe 1990-2004, Wiesbaden 2012; Jesse, Eckhard / Schubert, Thomas / Thieme, Tom: Politik in Sachsen, Wiesbaden 2014.
- <sup>6</sup> Vgl. Geiges, Lars / Marg, Stine / Franz Walter: Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld 2015.
- <sup>7</sup> Vgl. Patzelt, Werner: „Repräsentationslücken“ im politischen System Deutschlands? Der Fall PEGIDA, in: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften 1/2015, S. 99-126.
- <sup>8</sup> Vgl. Jesse, Eckhard: Regionale politische Kultur in Sachsen. Befunde eines sächsischen Weges, in: Regionale politische Kultur in Deutschland. Fallbeispiele und vergleichende Aspekte, hrsg. von Nikolaus Werz und Martin Koschkar, Wiesbaden 2015, S. 189-209.
- <sup>9</sup> Schirmer, Stefan: Dann geht doch!, in: Die Zeit, 20.8.2015, S. 1.
- <sup>10</sup> Die nachstehenden Zitate sind folgendem Text entnommen: Kraske, Michael: Eine demokratische Katastrophe, <http://www.cicero.de>, Stand: 13.8.2015.
- <sup>11</sup> Kissler, Alexander: Deutschlands heißer Herbst, <http://www.cicero.de>, Stand: 5.11.2015.
- <sup>12</sup> Vgl. herausragend Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009.
- <sup>13</sup> Vgl. herausragend Rödder, Andreas: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009.
- <sup>14</sup> Vgl. für die Zahlen: <http://www.statistik.arbeitsagentur.de>, Stand; 5.11.2015.
- <sup>15</sup> Vgl. für die Zahlen Niedermayer, Oskar: Parteimitgliedschaften im Jahre 2014, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2/2015, S. 376, S. 378.
- <sup>16</sup> Vgl. Mannewitz, Tom: Politische Kultur und demokratischer Verfassungsstaat. Ein subnationaler Vergleich zwei Jahrzehnte nach der deutschen Wiedervereinigung, Baden-Baden 2015.
- <sup>17</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (Hrsg.): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2015, Berlin 2015, S. 19.
- <sup>18</sup> Seit 1997 berichtet die Bundesregierung Jahr für Jahr dem Bundestag über den Stand der Deutschen Einheit.
- <sup>19</sup> Gauck, Joachim: Festakt zum 25. Jahrestag der Deutschen Einheit, <http://www.bundespraesident.de>, Stand 3.10.2015.
- <sup>20</sup> Ebd.
- <sup>21</sup> Schröder, Richard: Deutschland, einig Vaterland, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.10.2015, S. 8.
- <sup>22</sup> Ebd.